

ANNE APPELBAUM

# DER EISERNE VORHANG

Die Unterdrückung Osteuropas  
1944 – 1956

Friedens  
preis 2024  
des Deutschen Buchhandels  
Preisträgerin

PANTHEON





**ANNE APPLEBAUM**  
**DER EISERNE VORHANG**

**Die Unterdrückung Osteuropas**  
**1944 – 1956**

Aus dem amerikanischen Englisch von Martin Richter

Siedler

Der Inhalt dieses E-Books ist urheberrechtlich geschützt und enthält technische Sicherungsmaßnahmen gegen unbefugte Nutzung. Die Entfernung dieser Sicherung sowie die Nutzung durch unbefugte Verarbeitung, Vervielfältigung, Verbreitung oder öffentliche Zugänglichmachung, insbesondere in elektronischer Form, ist untersagt und kann straf- und zivilrechtliche Sanktionen nach sich ziehen.

Der Verlag behält sich die Verwertung der urheberrechtlich geschützten Inhalte dieses Werkes für Zwecke des Text- und Data-Minings nach § 44 b UrhG ausdrücklich vor. Jegliche unbefugte Nutzung ist hiermit ausgeschlossen.

Die Originalausgabe erschien 2012 unter dem Titel  
*Iron Curtain. The Crushing of Eastern Europe 1944 – 1956* bei Doubleday,  
einem Imprint von Random House, New York.

Copyright © 2012 by Anne Applebaum  
Copyright © der deutschsprachigen Ausgabe 2013 by Siedler Verlag, München,  
in der Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH,  
Neumarkter Str. 28, 81673 München.

Covergestaltung: Büro Jorge Schmidt

Covermotiv: AKG images/Picture Alliance, Frankfurt  
Lektorat: Jörg Später, Freiburg  
Satz: Ditta Ahmadi, Berlin  
Reproduktionen: Aigner, Berlin

ISBN 978-3-641-10789-5  
V004

[www.siedler-verlag.de](http://www.siedler-verlag.de)

*Dieses Buch ist jenen Osteuropäern gewidmet,  
die sich weigerten, in der Lüge zu leben.*

Gefangenschaft, Willkür, Hohn und Hunger wären ungleich leichter zu ertragen gewesen, wenn nicht der Zwang bestanden hätte, sie Freiheit, Gerechtigkeit und Wohl des Volkes zu nennen. ... Lügen [sind] von Natur aus bruchstückhaft und flüchtig, und in der Konfrontation mit dem Streben der Sprache nach Wahrheit offenbaren sie sich als solche. Doch hier wurden die Instrumente zur Aufdeckung der Lügen ein für alle Male polizeilich konfisziert.

ALEKSANDER WAT, *Jenseits von Wahrheit und Lüge*<sup>1</sup>

Der Mensch muß nicht an alle diese Mystifikationen glauben. Er muß sich aber so benehmen, als ob er an sie glaubt, muß sie zumindest schweigend tolerieren oder sich wenigstens gut mit denen stellen, die mit den Mystifikationen operieren. Schon deshalb muß er aber *in Lüge leben*.

VÁCLAV HAVEL, *Versuch, in der Wahrheit zu leben*<sup>2</sup>

<sup>1</sup> A. Wat, *Jenseits von Wahrheit und Lüge. Mein Jahrhundert. Gesprochene Erinnerungen 1926–1945*. Frankfurt a. M. 2000, S. 339–340.

<sup>2</sup> V. Havel, *Versuch, in der Wahrheit zu leben*. Reinbek 1990, S. 18.

# Einleitung

Von Stettin an der Ostsee bis hinunter nach Triest an der Adria ist ein »Eiserner Vorhang« über den Kontinent gezogen. Hinter jener Linie liegen alle Hauptstädte der alten Staaten Zentral- und Osteuropas: Warschau, Berlin, Prag, Wien, Budapest, Belgrad, Bukarest und Sofia. Alle jene berühmten Städte liegen in der Sowjetsphäre und alle sind sie in dieser oder jener Form nicht nur dem sowjetrussischen Einfluß ausgesetzt, sondern auch in ständig zunehmendem Maße der Moskauer Kontrolle unterworfen.

WINSTON CHURCHILL am 5. März 1946 in Fulton, Missouri<sup>3</sup>

Im Jahr 1945 war ganz Europa in Bewegung – es war eine der außergewöhnlichsten Migrationen in der Geschichte des Kontinents. Überall kehrten Hunderttausende von Menschen aus dem sowjetischen Exil, aus Arbeitslagern in Deutschland, aus Konzentrations- und Kriegsgefangenenlagern und aus Verstecken jeder Art zurück. Die Straßen, Wege, Bahnstrecken und Züge waren überfüllt mit zerlumpten, hungrigen, schmutzigen Menschen.

Die Szenen an den Bahnhöfen waren besonders schrecklich. Hungernde Mütter, kranke Kinder und manchmal ganze Familien kampierten tagelang auf schmutzigen Zementböden und warteten auf den nächsten Zug. Seuchen und Hunger drohten sie zu verschlingen. Doch im zentralpolnischen Łódź war eine Gruppe von Frauen entschlossen, weitere Tragödien zu verhindern. Unter der Führung ehemaliger Mitglieder des Polnischen Frauenbunds (Liga Kobiet Polskich), einer 1913 gegründeten wohltätigen und patriotischen Organisation, gingen die Frauen ans Werk. Am Bahnhof von Łódź errichteten sie eine Unterkunft für Frauen und Kinder und sorgten für warme Mahlzeiten, Medizin und Decken, für Hilfskräfte und Krankenschwestern.

Diese Frauen handelten im Frühjahr 1945 aus denselben Motiven, wie sie es 1925 oder 1935 auch getan hätten. Sie waren Zeugen einer sozialen Notlage und organisierten sich, um zu helfen. Niemand forderte sie dazu auf, gab ihnen Anweisungen oder bezahlte sie. Janina Suska-Janakowska, bei unserem Gespräch fast 90 Jahre alt, erinnerte sich an dieses völlig unpolitische

Engagement: »Niemand bekam Geld für Wohlfahrtsarbeit ... wer eine freie Minute hatte, half mit.«<sup>4</sup>

Fünf Jahre vergingen. 1950 war der Polnische Frauenbund von Grund auf verändert. Er hatte eine Zentrale in Warschau. Er hatte eine nationale Leitung, die Ortsvereine, die sich ihren Anweisungen widersetzen, auflösen konnte und dies auch tat. Er hatte eine Generalsekretärin namens Izolda Kowalska-Kirylyuk, die die Hauptaufgaben des Bunds nicht als wohltätig und patriotisch beschrieb, sondern als politisch und ideologisch: »Wir müssen unsere Organisation verfestigen und eine breite Gruppe aktiver Frauen mobilisieren, erziehen und zu bewussten Sozialaktivistinnen formen. Wir müssen den Grad des sozialen Bewusstseins der Frauen mit jedem Tag steigern und uns der großen Aufgabe anschließen, aus Volkspolen ein sozialistisches Polen zu machen.«

Der Frauenbund hielt auch Nationalkongresse ab wie den von 1951, auf dem die Vizepräsidentin Zofia Wasilkowska offen die politische Agenda darlegte: »Die Hauptaufgabe des Bunds ist Erziehungs- und Aufklärungsarbeit ... die das Bewusstsein der Frauen auf eine unvergleichlich höhere Stufe erhebt und sie zur vollständigen Verwirklichung des Sechsjahresplans mobilisiert.«<sup>5</sup>

Mit anderen Worten, 1950 war aus dem Polnischen Frauenbund praktisch die Frauenabteilung der polnischen KP geworden. In dieser Eigenschaft ermutigte der Bund die Frauen, in der Politik und den internationalen Beziehungen der Parteilinie zu folgen. Er rief Frauen dazu auf, bei Paraden am 1. Mai mitzumarschieren und Petitionen gegen den westlichen Imperialismus zu unterschreiben. Er setzte auf Agitatorinnen, die geschult wurden und dabei lernten, die Botschaft der Partei zu vermitteln. Wer sich dagegen wehrte und zum Beispiel nicht an Maiparaden oder den Feiern zu Stalins Geburtstag teilnehmen wollte, konnte aus dem Frauenbund ausgeschlossen werden, wie es auch manchmal geschah. Andere traten von selbst aus. Die verbleibenden Mitglieder waren nicht länger Freiwillige, sondern Bürokraten im Dienste des Staats und der Kommunistischen Partei.

Fünf Jahre waren vergangen. Nach diesen fünf Jahren waren der Polnische Frauenbund und zahllose andere Organisationen völlig umgekrempelt. Was war geschehen? Wer hatte die Veränderungen bewirkt? Warum folgte man ihnen? Darum geht es in diesem Buch.

Obwohl das Wort »totalitär« meist benutzt worden ist, um das »Dritte Reich« und Stalins Sowjetunion zu beschreiben, wurde es ursprünglich als *totalitarismo*

im Kontext des italienischen Faschismus verwendet. Nachdem ein Kritiker Benito Mussolinis es geprägt hatte, übernahm dieser es begeistert und gab in einer Rede die noch immer beste Definition: »Alles durch den Staat, nichts außerhalb des Staates, nichts gegen den Staat.«<sup>6</sup> Streng definiert, verbietet ein totalitäres Regime alle Institutionen außer den offiziell anerkannten. Ein totalitäres Regime besitzt also eine einzige politische Partei, ein einziges Bildungssystem, eine einzige künstlerische Richtung, eine zentral gelenkte Wirtschaft, gleichgeschaltete Medien und einen einzigen moralischen Code. In einem totalitären Staat gibt es keine unabhängigen Schulen, keine Privatfirmen, keine Bürgerinitiativen und kein kritisches Denken. Mussolini und sein Hausphilosoph Giovanni Gentile hingen einem extremen Etatismus an, einer »Vorstellung vom Staat«, nach der »für den Faschismus alles im Staate beschlossen [liegt] und es gibt für ihn nichts Menschliches oder Geistiges, noch weniger besitzt dieses irgendeinen Wert außerhalb des Staates«.<sup>7</sup>

Aus dem Italienischen verbreitete sich das Wort »Totalitarismus« in alle europäischen und außereuropäischen Sprachen. Nach Mussolinis Tod fand das Konzept aber nur noch wenige, die sich positiv auf den Begriff bezogen. Dieser wurde schließlich von seinen Kritikern definiert, von denen viele zu den größten Denkern des 20. Jahrhunderts zählen.<sup>8</sup> Friedrich von Hayeks *Der Weg zur Knechtschaft* (1943) ist ebenso eine Reaktion auf die Herausforderung des Totalitarismus wie Karl Poppers *Offene Gesellschaft und ihre Feinde* (1945). George Orwells *1984* (1949, dt. 1950) ist die antiutopische Vision einer völlig von totalitären Regimen beherrschten Welt.

Die bedeutendste Analyse totalitärer Politik stammt wohl von Hannah Arendt, die den Totalitarismus 1949 in ihrem Buch *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* (1951, dt. 1955) als »neue ›Staatsform«« definierte, die durch das Einsetzen der Moderne möglich geworden sei. Die Zerstörung traditioneller Gesellschaften und Lebensformen hatte ihrer Meinung nach die Bedingungen für die Entwicklung einer »totalitären Persönlichkeit« geschaffen, Männer und Frauen, deren Identität völlig vom Staat abhing. Arendt argumentierte, Nazideutschland wie die Sowjetunion seien totalitäre Regime und zeigten als solche mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede.<sup>9</sup> Carl J. Friedrich und Zbigniew Brzezinski führten dieses Argument 1956 in dem Buch *Totalitäre Diktatur* (dt. 1957) weiter aus und suchten eine praktisch anwendbare Definition.

Alle totalitären Regime besaßen ihrer Auffassung nach fünf Eigenschaften: eine dominante Ideologie, eine Staatspartei, eine Geheimpolizei, die Terror ausübte, ein Informationsmonopol und eine Planwirtschaft. Nach diesen Kriterien waren das »Dritte Reich« und die Sowjetunion nicht die einzigen totalitären Staaten. Auch Maos China gehörte beispielsweise dazu.<sup>10</sup> Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre war »Totalitarismus« aber mehr als ein theoretisches Konzept. In der Frühphase des Kalten Kriegs besaß der Begriff auch konkrete politische Assoziationen. In einer Schlüsselrede erklärte Präsident Harry S. Truman im März 1947, die Amerikaner müssten willens sein, »freien Völkern bei der Erhaltung ihrer freien Institutionen und ihrer nationalen Integrität gegen Bewegungen zu helfen, die ihnen ein totalitäres Regime aufzwingen wollen.«<sup>11</sup> Diese Idee wurde als »Truman-Doktrin« bekannt. Auch Eisenhower benutzte den Begriff 1952 im Präsidentschaftswahlkampf, als er seine Absicht erklärte, nach Korea zu fahren und den dortigen Krieg zu beenden: »Ich kenne diesen totalitären Geist. In den Jahren des Zweiten Weltkriegs trug ich eine schwere Last der Verantwortung beim Kreuzzug der freien Welt gegen die Tyrannei, die uns alle bedroht.«<sup>12</sup>

Weil »Kalte Krieger« in den USA offen als Gegner des Totalitarismus auftraten, begannen Skeptiker natürlich den Begriff infrage zu stellen: War Totalitarismus eine echte Bedrohung oder nur eine Übertreibung, ein Schreckgespenst, eine Erfindung von Senator Joseph McCarthy? In den siebziger und achtziger Jahren vertraten revisionistische Russland-Historiker die Ansicht, Stalins Sowjetunion sei nie wirklich totalitär gewesen. Nicht alle Entscheidungen seien in Moskau gefallen; die örtliche Polizei habe ebenso Terror ausüben können wie die Spitze der Hierarchie; die zentrale Planung sei in ihren Versuchen zur Kontrolle der Wirtschaft nicht immer erfolgreich gewesen; Massenterror habe für viele in der Gesellschaft »Chancen« eröffnet.<sup>13</sup> Einige betrachteten den Begriff »Totalitarismus« als krude, ungenau und zu ideologisch.

Viele »orthodoxe« Theoretiker des Totalitarismus hatten dieselben Aspekte betont. Nur wenige behaupteten, der Totalitarismus funktioniere. Ganz im Gegenteil, der Politikwissenschaftler Hans Buchheim bemerkte:

Weil die totalitäre Herrschaft Unmögliches anstrebt, sich die Personalität des Menschen und das Schicksal verfügbar machen will, vermag sie sich nur

fragmentarisch zu verwirklichen. ... Aber gerade deshalb sind die Auswirkungen des totalitären Herrschaftsanspruchs gefährlich und bedrückend, weil sie so verschwimmend, unberechenbar und schwer nachweisbar sind. ... Diese Vertracktheit folgt aus dem unerfüllbaren Herrschaftsanspruch; sie ist für das Leben unter einem totalitären Regime charakteristisch und macht es allen Außenstehenden so überaus schwer verständlich.<sup>14</sup>

In jüngerer Zeit haben andere Politologen dieses revisionistische Argument weitergeführt. Für manche ist der Begriff »Totalitarismus« nur in der Theorie nützlich als negatives Muster, von dem liberale Demokraten sich abgrenzen können.<sup>15</sup> Andere finden das Wort völlig inhaltslos, weil es zu einem Begriff geworden sei, der nicht mehr bedeute als »die theoretische Antithese zur westlichen Gesellschaft« oder lapidar ausgedrückt: »Leute, die wir nicht mögen«. Eine fragwürdigere Interpretation besagt, das Wort »Totalitarismus« sei interessengeleitet und werde nur benutzt, um die Legitimität der westlichen Demokratie zu verstärken.<sup>16</sup>

Obwohl aber die Idee einer »totalen Kontrolle« heute grotesk, lächerlich, übertrieben oder töricht erscheinen mag und obwohl das Wort selbst vielleicht seine Fähigkeit zu schockieren verloren hat, muss man in Erinnerung behalten, dass »Totalitarismus« mehr ist als eine vage definierte Beleidigung. Es hat wirklich Regime gegeben, die eine totale Kontrolle anstrebten. Wenn wir sie verstehen wollen – wenn wir die Geschichte des 20. Jahrhunderts verstehen wollen –, müssen wir untersuchen, wie der Totalitarismus funktionierte, in der Theorie wie in der Praxis. Außerdem ist das Konzept der totalen Kontrolle nicht völlig aus der Mode gekommen. Das nach stalinistischem Vorbild organisierte Regime Nordkoreas hat sich seit 1948 wenig verändert. Obwohl neue Technologie es heute schwieriger erscheinen lässt, totale Kontrolle anzustreben, geschweige denn zu verwirklichen, können wir nicht sicher sein, dass Mobiltelefone, Internet und Satellitenfotos nicht auch Kontrollinstrumente von Regimen werden können, die ebenfalls »umfassend« sein wollen.<sup>17</sup> Der Begriff »Totalitarismus« bleibt eine nützliche und notwendige empirische Beschreibung. Er ist reif für eine Renaissance.

Vor allem ein Regime verstand die Methoden und Techniken totalitärer Kontrolle so gut, dass es sie erfolgreich exportierte. Nach dem Ende des Zweiten

Weltkriegs und dem Marsch der Roten Armee auf Berlin unternahm die Führung der UdSSR große Anstrengungen, den sehr unterschiedlichen europäischen Ländern, die sie damals besetzt hatte, ein totalitäres Regierungssystem aufzuzwingen, so wie sie es bereits bei den vielen unterschiedlichen Regionen der UdSSR getan hatte. Ihre Anstrengungen waren toderntst. Stalin, seine Militärführer und Geheimpolizisten – von 1934 bis 1946 unter dem Namen Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten (NKWD, später KGB) – und seine lokalen Verbündeten wollten Gesellschaften schaffen, in denen alles innerhalb, nichts außerhalb und nichts gegen den Staat war – und sie wollten es schnell tun.

Es ist zwar richtig, dass die acht europäischen Länder, die 1945 von der Roten Armee ganz oder teilweise besetzt waren, sehr unterschiedliche Kulturen, politische Traditionen und wirtschaftliche Strukturen besaßen. Diese Gebiete umfassten die ehemals demokratische Tschechoslowakei und das ehemals faschistische Deutschland, dazu Monarchien, Autokratien und halb feudale Staaten. Die Einwohner der Region waren Katholiken, Orthodoxe, Protestanten, Juden und Muslime. Sie sprachen slawische, romanische und finno-ugrische Sprachen und Deutsch. Sie umfassten Russophile und Russophobe, das industrialisierte Böhmen und das ländliche Albanien, das kosmopolitische Berlin und winzige Karpatendörfer. Unter ihnen waren frühere Untertanen der K.u.k.-Monarchie, des Deutschen und des Osmanischen wie auch des Zarenreichs.

Dennoch sahen Amerikaner und Westeuropäer in dieser Periode die Nationen des kommunistisch beherrschten, aber nichtrussischen Europa – Polen, Ungarn, Tschechoslowakei, Ostdeutschland, Rumänien, Bulgarien, Albanien und Jugoslawien – als einen »Block«, der dann »Ostblock« genannt wurde. Dies ist ein politischer und historischer, kein geografischer Begriff. Er umfasst nicht »östliche« Länder wie Griechenland, das nie kommunistisch war. Er umfasst auch nicht die baltischen Staaten oder Moldawien, die Osteuropa zwar historisch und kulturell ähnelten, aber in diesem Zeitraum Teil der Sowjetunion waren. Vor allem zwischen der Erfahrung der baltischen Staaten und Polens gibt es Parallelen, aber auch wichtige Unterschiede: durch die Sowjetisierung verloren die Balten auch die bloß formale Souveränität.

In den Jahren nach Stalins Tod – besonders seit 1989 – schlugen die acht Länder Osteuropas sehr unterschiedliche Wege ein, und es ist ein Gemeinplatz geworden, dass sie ursprünglich nicht viel gemein gehabt hätten. Das ist völlig

richtig; vor 1945 waren sie nie irgendwie vereinigt gewesen, und heute haben sie bis auf die gemeinsame historische Erinnerung an den Kommunismus auffallend wenig Gemeinsamkeiten. Doch von 1945 bis 1989 verband die acht osteuropäischen Länder sehr viel. Im Interesse der Einfachheit, Vertrautheit und historischen Genauigkeit werde ich für sie in diesem Buch darum den Begriff »Osteuropa« benutzen.<sup>18</sup>

Für kurze Zeit, von 1945 bis 1953, schien es, als könne es der UdSSR gelingen, die so unterschiedlichen Nationen Osteuropas in eine ideologisch und politisch homogene Region umzuformen. Aus Gegnern und Verbündeten Hitlers schuf sie in diesem Zeitraum ein Ensemble scheinbar identischer Staaten.<sup>19</sup> Anfang der fünfziger Jahre wurden all die grauen, vom Krieg verwüsteten Hauptstädte der »alten Staaten«, wie Winston Churchill sie genannt hatte, vom selben Typ grimmiger Polizisten kontrolliert, von denselben Architekten im Stil des Sozialistischen Realismus geplant und mit ähnlichen Propagandaplakaten behängt. Der Kult um Stalin, dessen Name schon in der UdSSR als »Symbol des kommenden Sieges des Sozialismus« verehrt wurde, herrschte in der ganzen Region, dazu kam der Kult um die jeweiligen Parteiführer.<sup>20</sup> Millionen von Menschen nahmen an staatlich gelenkten Paraden und Feiern der kommunistischen Macht teil. Der Begriff »Eiserner Vorhang« war damals mehr als eine Metapher: Mauern, Zäune und Stacheldraht trennten Osteuropa tatsächlich vom Westen. Als 1961 die Berliner Mauer gebaut wurde, schien es, als würden diese Barrieren für immer bestehen.

Das Tempo, mit dem diese Umwälzung stattfand, war im Rückblick erstaunlich. In der Sowjetunion selbst hatte die Entwicklung eines totalitären Regimes zwei Jahrzehnte gebraucht und war nur ungleichmäßig vorangekommen. Die Bolschewiki besaßen keinen fertigen Plan. Nach der Russischen Revolution verfolgten sie einen Zickzackkurs, manchmal strenger, manchmal liberaler, als eine Maßnahme nach der anderen nicht die versprochenen wirtschaftlichen Fortschritte brachte. Auf den kollektivistischen »Kriegskommunismus« und »roten Terror« der Bürgerkriegsepoche folgte Lenins liberalere Neue Ökonomische Politik, die private Firmen und Handel teilweise zuließ. 1928 wurde die Neue Ökonomische Politik wieder abgeschafft und durch einen Fünfjahresplan und einen neuen Katalog von Maßnahmen ersetzt, die schließlich Stalinismus genannt wurden: schnellere Industrialisierung, Zwangskollektivierung und zentralisierte Planung;

drakonische Beschränkungen von Redefreiheit, Literatur, Medien und Künsten; schließlich die Ausweitung des Gulag, des Systems der Massenarbeitslager. »Stalinismus« und »Totalitarismus« werden häufig synonym verwendet, und das zu Recht.

Am Ende der dreißiger Jahre befand sich der Stalinismus in der Krise. Der Lebensstandard stieg nicht so schnell, wie die Partei versprochen hatte. Schlecht geplante Investitionen erwiesen sich als Fehlschläge. Die Hungersnöte in der Ukraine und Südrussland in den frühen dreißiger Jahren hatten zwar für das Regime politischen Nutzen gebracht, aber eher Furcht als Ansehen erzeugt. 1937 führte die Geheimpolizei eine Kampagne von Festnahmen, Inhaftierungen und Hinrichtungen durch, die sich zunächst gegen Saboteure, Spione und »Schädlinge« richtete, die angeblich den Fortschritt der Gesellschaft bremsen, und sich dann soweit ausdehnte, dass sie die höchsten Kreise der KPdSU erfasste. Der sogenannte Große Terror war weder die erste noch die größte Verhaftungswelle in der Sowjetunion – frühere Terrormaßnahmen hatten sich weitgehend gegen Bauern und ethnische Minderheiten gerichtet, vor allem in den Grenzgebieten. Es war aber die erste Kampagne, die sich auch gegen die Parteiführung richtete, und sie erzeugte tiefes Unbehagen im Land selbst und bei Kommunisten im Ausland. Mit der Zeit hätte der Große Terror zu echter Desillusionierung führen können. Doch Stalin und der Stalinismus wurden durch den Zweiten Weltkrieg gerettet. Trotz Chaos und Fehlern, gewaltiger Opferzahlen und Zerstörungen stützte der Sieg die Legitimität des Systems und seines Führers und »bewies« deren Wert. Nach dem Sieg erreichte der fast religiöse Stalinkult neue Höhen. Die Propaganda präsentierte den sowjetischen Staatschef den Massen als »die Verkörperung ihres eigenen Heldentums, ihres eigenen Patriotismus, ihrer eigenen Liebe zur sozialistischen Heimat«.<sup>21</sup>

Zugleich gab der Krieg Stalin eine beispiellose Gelegenheit, seinen Nachbarn seine Vision der kommunistischen Gesellschaft aufzuzwingen. Die erste Gelegenheit kam schon 1939, nachdem Deutschland und die UdSSR den sogenannten Hitler-Stalin-Pakt unterzeichnet hatten, der Polen, Rumänien, Finnland und die baltischen Staaten in deutsche und sowjetische Einflussphären teilte. Am 1. September griff Hitler Polen von Westen an. Am 17. September griff Stalin Polen von Osten an. Binnen weniger Monate hatten sowjetische Truppen das Baltikum, Teile Rumäniens und Ostfinnland besetzt. Während das von den Nationalsozialisten besetzte Europa schließlich befreit

wurde, gab Stalin die von ihm in der ersten Kriegsphase annektierten Gebiete nicht zurück. Ostpolen, Ostfinnland, die baltischen Staaten, Bukowina und Bessarabien (heute Moldawien) wurden der Sowjetunion angegliedert. Die polnischen Ostgebiete sind bis heute ein Teil der Ukraine und Weißrusslands (Belarus).

In ihrer Besatzungszone begannen Offiziere der Roten Armee und NKWD-Beamte sofort, das eigene System einzuführen. Ab 1939 griffen sie auf einheimische Kollaborateure, Mitglieder der internationalen kommunistischen Bewegung zurück, um mittels Gewalt und Deportationen in den Gulag die Bevölkerung zu »sowjetisieren«. Die sowjetische Invasion Ostpolens und des Baltikums 1939 schuf einen Kader von NKWD-Beamten, der fähig und bereit war, solche Operationen zu wiederholen. Noch vor dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion 1941 bereiteten sich die sowjetischen Behörden auf eine ähnliche Umwälzung Osteuropas vor.

Dieser letzte Punkt ist umstritten, denn in der üblichen Geschichtsschreibung wird die Nachkriegsgeschichte der Region meist in Phasen aufgeteilt.<sup>22</sup> Zunächst war die Demokratie 1944/45 eine reale, danach eine Scheindemokratie. 1947/48 kam dann ein abrupter Politikwechsel und eine Machtübernahme: Der politische Terror wurde verstärkt, die Medien geknebelt, Wahlen manipuliert. Alle Vorspiegelungen nationaler Autonomie wurden fallen gelassen.

Einige Historiker und Politologen haben seitdem diese Veränderung in der politischen Atmosphäre dem gleichzeitigen Beginn des Kalten Kriegs zugeschrieben. Manchmal werden sogar »Kalte Krieger« des Westens für den Beginn des Stalinismus in Osteuropa verantwortlich gemacht, da ihre aggressive Rhetorik die sowjetische Führung »gezwungen« habe, ihre Kontrolle über die Region zu festigen. 1959 erhielt dieses »revisionistische« Argument seine klassische Form durch William Appleman Williams, der die Ansicht vertrat, der Kalte Krieg sei nicht durch die kommunistische Expansion, sondern durch den amerikanischen Drang nach offenen internationalen Märkten verursacht worden. Winfried Loth hat argumentiert, Ursprung der deutschen Teilung seien nicht die totalitären Maßnahmen der Sowjetunion in Ostdeutschland nach 1945 gewesen, sondern das Scheitern der Westmächte, Stalins friedliche Annäherungsversuche aufzunehmen.<sup>23</sup>

Jede intensive Analyse dessen, was in der Region zwischen 1944 und 1947 geschah, enthüllt die tiefen Ungereimtheiten dieser Argumente, und dank der Öffnung sowjetischer wie osteuropäischer Archive ist eine intensive Analyse heute möglich.<sup>24</sup> Neue Quellen haben Historikern das Verständnis eröffnet, dass diese frühe »liberale« Phase in Wirklichkeit nicht so liberal war, wie sie im Rückblick manchmal erscheint. Zwar wurden nicht alle Elemente des politischen Systems der UdSSR in die Region importiert, sobald die Rote Armee die Grenze überschritten hatte, und es gibt auch keinen Hinweis, dass Stalin die rasche Entstehung des kommunistischen »Blocks« erwartete. 1944 schrieb der stellvertretende Außenminister Iwan Maiski eine Notiz, in der er vorhersagte, alle Staaten Europas würden schließlich kommunistisch werden, aber erst in drei oder vielleicht vier Jahrzehnten. (Er sagte auch voraus, dass es im künftigen Europa nur eine Landmacht, die UdSSR, und eine Seemacht, Großbritannien, geben werde.) Bis dahin sollte die Sowjetunion nicht versuchen, »proletarische Revolutionen« in Osteuropa anzufachen, und gute Beziehungen zu den westlichen Demokratien anstreben.<sup>25</sup>

Diese langfristige Perspektive entsprach sicherlich der marxistisch-leninistischen Ideologie, wie Stalin sie verstand. Kapitalisten würden seiner Meinung nach nicht für immer miteinander kooperieren können. Früher oder später würde ihr gieriger Imperialismus sie zu Konflikten treiben, und die Sowjetunion würde davon profitieren. »Die Widersprüche zwischen England und Amerika werden sich noch bemerkbar machen«, sagte er seinen Mitarbeitern wenige Monate nach Kriegsende. »Die sozialen Konflikte in Amerika entfalten sich immer weiter. Die Labour-Leute in England haben den englischen Arbeitern so viel Sozialismus versprochen, dass sie nur schwer davon abrücken können. Sie werden bald nicht nur Auseinandersetzungen mit ihrer eigenen Bourgeoisie haben, sondern auch mit den amerikanischen Imperialisten.«<sup>26</sup>

Wenn die UdSSR es nicht eilig hatte, so galt das auch für die Führer der kommunistischen Parteien in Osteuropa, von denen nur wenige eine sofortige Machtübernahme erwarteten. In den dreißiger Jahren hatten viele zu Volksfrontbündnissen mit Parteien der Mitte und Sozialdemokraten gehört – oder hatten beobachtet, wie solche Bündnisse in einigen Ländern erfolgreich waren, vor allem in Spanien und Frankreich. Tony Judt hat Spanien sogar als »Probelauf für die Machtergreifung in Osteuropa nach 1945« bezeichnet.<sup>27</sup>

Diese ersten Volksfrontbündnisse waren geschaffen worden, um Hitler Widerstand zu leisten. Nach dem Krieg wollten viele sie wiederaufleben lassen, um dem westlichen Kapitalismus Widerstand zu leisten. Stalins Perspektive war eine langfristige: Irgendwann würde die proletarische Revolution stattfinden, aber bevor das passieren konnte, musste es in der Region erst eine bürgerliche Revolution geben. Nach dem schematischen sowjetischen Geschichtsbild hatte die bürgerliche Revolution noch nicht stattgefunden.

Wie der erste Teil dieses Buches aber zeigen wird, importierte die UdSSR von Anfang an bestimmte Schlüsselemente des Sowjetsystems in jedes Land, das von der Roten Armee besetzt wurde. Erstens baute das NKWD gemeinsam mit einheimischen kommunistischen Parteien sofort eine Geheimpolizei nach eigenem Vorbild auf, häufig mit Personal, das bereits in Moskau ausgebildet worden war. Wo immer die Rote Armee einmarschierte – auch in der Tschechoslowakei, aus der sie schließlich wieder abzog –, griffen diese neuen Geheimpolizisten sofort zur Gewalt und nahmen politische Feinde anhand vorher erstellter Listen und Kriterien ins Visier. In einigen Fällen bekämpften sie auch ganze ethnische Gruppen. Sie übernahmen die Kontrolle über die Innenministerien dieser Länder, manchmal auch über die Verteidigungsministerien, und wirkten an der sofortigen Enteignung und Neuverteilung des Bodens mit.

Zweitens setzten die sowjetischen Behörden in allen besetzten Ländern einheimische Kommunisten an die Spitze des machtvollsten Massenmediums dieser Epoche, des Radios. Obwohl es im größten Teil Osteuropas in den ersten Monaten nach Kriegsende möglich war, nichtkommunistische Zeitungen oder Zeitschriften zu veröffentlichen, und obwohl Nichtkommunisten andere Staatsmonopole leiten durften, blieben die staatlichen Rundfunkanstalten, die jeden vom analphabetischen Bauern bis zum Intellektuellen erreichen konnten, unter strenger Kontrolle der Kommunistischen Partei. Langfristig hofften die Behörden, das Radio werde zusammen mit anderer Propaganda und Veränderungen im Bildungssystem die Menschen massenweise zum Kommunismus führen.

Drittens schikanierten, verfolgten und verboten sowjetische und einheimische Kommunisten überall dort, wo die Rote Armee einmarschierte, viele der unabhängigen Organisationen dessen, was wir heute Zivilgesellschaft nennen würden: den Polnischen Frauenbund, die antifaschistischen Gruppen in Deutschland, Kirchengruppen und Schulen. Vor allem waren sie seit Beginn der

Besatzung auf Jugendorganisationen fixiert: junge Sozialdemokraten, katholische oder protestantische Jugendgruppen, Pfadfinder und Pfadfinderinnen. Noch vor dem Verbot unabhängiger Parteien für Erwachsene, kirchlicher Organisationen und unabhängiger Gewerkschaften stellten sie die Jugendorganisationen unter die strengstmögliche Beobachtung und Kontrolle.

Schließlich führten die Sowjetbehörden wo immer möglich ethnische Säuberungen durch, auch dies in Zusammenarbeit mit den örtlichen kommunistischen Parteien. Millionen von Deutschen, Polen, Ukrainern, Ungarn und anderen wurden aus Städten und Dörfern vertrieben, in denen sie jahrhundertlang gelebt hatten. Lastwagen und Züge brachten die Menschen mit ihren wenigen Habseligkeiten in Flüchtlingslager und neue Heimstätten viele Hundert Kilometer von ihren Geburtsorten entfernt. Desorientierung und Entwurzelung machten es leichter, diese Menschen zu manipulieren und zu kontrollieren. Auch die USA und Großbritannien waren an dieser Politik beteiligt – die Vertreibung der Deutschen war Teil des Potsdamer Abkommens –, aber nur wenige im Westen verstanden damals das Ausmaß und die Gewaltsamkeit der sowjetischen ethnischen Säuberungen.

Andere Elemente des Kapitalismus und sogar des Liberalismus blieben zunächst noch unangetastet. Private Landwirtschaft, Privatfirmen und privater Handel existierten bis 1946 und manchmal länger. Manche unabhängigen Zeitungen und Zeitschriften erschienen weiter, und manche Kirchen blieben offen. In einigen Ländern durften auch nichtkommunistische Parteien aktiv sein, dazu ausgewählte nichtkommunistische Politiker. Doch der Grund liegt nicht darin, dass die Sowjetkommunisten und ihre osteuropäischen Verbündeten liberale Demokraten waren. Vielmehr hielten sie dies kurzfristig für weniger wichtig als Geheimpolizei, Radio, ethnische Säuberungen und die Kontrolle über Jugendgruppen und andere Bürgerorganisationen. Es ist kein Zufall, dass ehrgeizige junge Kommunisten stets in einem dieser Bereiche aktiv wurden. Bei seinem Parteieintritt 1945 bekam der polnische Schriftsteller Wiktor Worozylski drei Tätigkeiten zur Auswahl: die kommunistische Jugendbewegung, die Geheimpolizei oder die Propagandaabteilung, die sich mit den Massenmedien befasste.<sup>28</sup>

Freie Wahlen, wie sie 1945 und 1946 in einigen Ländern abgehalten wurden, waren ebenfalls kein Zeichen kommunistischer Toleranz. Die KPdSU und ihre Schwesterparteien in Osteuropa ließen sie zu, weil sie glaubten, mit der

Kontrolle über Geheimpolizei und Radio und dem starken Einfluss auf die Jugend siegen zu können. Überall glaubten Kommunisten an die Macht ihrer Propaganda, und in den ersten Nachkriegsjahren hatten sie gute Gründe für diesen Glauben. Nach dem Krieg traten Menschen nicht nur in Osteuropa, sondern auch in Frankreich, Italien und England der Partei bei, sei es aus Verzweiflung, Desorientierung, Pragmatismus, Zynismus oder Ideologie. In Jugoslawien war Titos Partei wegen ihrer Rolle im Widerstand äußerst populär. In der Tschechoslowakei, die 1938/39 nach dem Appeasement des Westens von Hitler besetzt worden war, setzte man zuerst echte Hoffnungen in die Sowjetunion, in der man eine wohlwollendere Vormacht sehen wollte. Selbst in Polen und Deutschland, wo starkes Misstrauen gegen die sowjetischen Absichten herrschte, hatte die psychologische Wirkung des Krieges die Wahrnehmung vieler Menschen geprägt. Kapitalismus und liberale Demokratie waren in den dreißiger Jahren katastrophal gescheitert. Viele glaubten, es sei nun an der Zeit, etwas anderes zu versuchen.

So schwer es für uns manchmal zu verstehen ist, Kommunisten glaubten an ihre eigene Lehre. Weil die kommunistische Ideologie im Rückblick als Irrtum erscheint, bedeutet das nicht, dass sie damals keinen glühenden Glauben einflößte. Die Mehrheit der kommunistischen Führer in Osteuropa – und viele ihrer Anhänger – war wirklich davon überzeugt, früher oder später werde die arbeitende Mehrheit ein Klassenbewusstsein entwickeln, ihre historische Bestimmung erkennen und für ein kommunistisches Regime stimmen.

Sie irrten sich. Trotz Einschüchterung, Propaganda und sogar der echten Anziehungskraft des Kommunismus auf manche durch den Krieg verzweifelte Menschen verloren kommunistische Parteien frühe Wahlen in Deutschland, Österreich und Ungarn deutlich. In Polen testeten die Kommunisten die Lage mit einem Volksentscheid, und als das scheiterte, setzte ihre Führung nicht mehr auf freie Wahlen. In der Tschechoslowakei gewann die KP 1946 bei Wahlen ein Drittel der Stimmen. Als aber klar wurde, dass sie 1948 sehr viel schlechter abschneiden würde, inszenierte die Parteiführung einen Staatsstreich. Die härteren Maßnahmen im Ostblock von 1947 und 1948 waren darum nicht allein eine Reaktion auf den Kalten Krieg. Sie waren auch eine Reaktion auf das Scheitern des Versuches, die Macht mit friedlichen Mitteln zu erobern. Die Sowjetunion und ihre Verbündeten hatten keine absolute oder auch nur ausreichende Kontrolle gewonnen. Trotz ihres Einflusses auf Rundfunk und Geheimpolizei waren sie nicht allzu populär. Die Zahl ihrer Anhänger nahm

rasch ab, selbst in Ländern wie der Tschechoslowakei oder Bulgarien, wo sie anfangs echte Unterstützung besessen hatten.<sup>29</sup>

In der Folge griffen einheimische Kommunisten, beraten durch ihre sowjetischen Verbündeten, auf härtere Maßnahmen zurück, die zuvor schon erfolgreich in der UdSSR angewandt worden waren. Der zweite Teil des Buches beschreibt diese Techniken: eine neue Verhaftungswelle, die Ausweitung der Arbeitslager, die schärfere Kontrolle von Medien, Intellektuellen und Künsten. Bestimmte Muster wurden fast überall angewandt. Zunächst kam die Eliminierung von »rechten« oder antikommunistischen Parteien, dann die Zerstörung der nichtkommunistischen Linken, dann der Opposition innerhalb der KP selbst. In manchen Ländern führten die Behörden sogar Schauprozesse nach sowjetischem Vorbild durch. Schließlich versuchten die kommunistischen Parteien des Ostblocks, alle noch existierenden unabhängigen Organisationen zu eliminieren und stattdessen Mitglieder für die staatlichen Massenorganisationen zu gewinnen, das Bildungssystem viel strenger zu kontrollieren und die katholischen und protestantischen Kirchen zu unterwandern. Sie schufen neue, allumfassende Formen der erzieherischen Propaganda, veranstalteten Demonstrationen und Vorträge, hängten Banner und Plakate auf, organisierten Unterschriftensammlungen und Sportveranstaltungen.

Aber sie scheiterten erneut. Nach Stalins Tod 1953 brach eine Serie größerer und kleinerer Aufstände in der Region aus. 1953 gab es einen Aufstand in Ost-Berlin, der von sowjetischen Panzern niedergeschlagen wurde. Zwei große Aufstände folgten 1956 in Polen und Ungarn. Nach diesen Aufständen mäßigten die osteuropäischen KP ihr Vorgehen wieder. Bis zum nächsten Scheitern. So änderten sie regelmäßig ihre Taktik, bis sie 1989 schließlich die Macht verloren.

Zwischen 1945 und 1953 transformierte die Sowjetunion eine ganze Region auf radikale Weise, vom Baltikum bis zur Adria, vom Herzen des europäischen Kontinents bis an seine südliche und östliche Peripherie. In diesem Buch werde ich mich aber auf Mitteleuropa konzentrieren. Obwohl ich auch die Tschechoslowakei, Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien erwähne, richte ich das Hauptaugenmerk auf Ungarn, Polen und Ostdeutschland. Ich habe diese drei Länder nicht gewählt, weil sie so ähnlich, sondern weil sie so unterschiedlich waren.

Vor allem hatten sie den Krieg jeweils anders erlebt. Deutschland war der Hauptaggressor und danach der Hauptverlierer gewesen. Polen hatte verzweifelt gegen die deutsche Besatzung gekämpft und war einer der Alliierten, obwohl es an den Früchten des Sieges nicht teilhatte. Ungarn hatte eine Mittelposition eingenommen, mit einem autoritären System experimentiert, mit Deutschland kollaboriert und versucht, die Seiten zu wechseln, als es schon zu spät war. Diese drei Länder waren auch durch sehr unterschiedliche historische Erfahrungen geprägt. Deutschland war jahrzehntelang die dominierende wirtschaftliche und politische Macht in Mitteleuropa. Polen war im 17. Jahrhundert zwar ein mächtiges Reich gewesen, aber im 18. Jahrhundert von drei anderen Reichen geteilt worden und besaß von 1795 bis 1918 keine Souveränität. Ungarns Macht und Einfluss hatten sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf dem Höhepunkt befunden. Nach dem Ersten Weltkrieg verlor es zwei Drittel seines Territoriums, eine traumatische Erfahrung, die noch bis heute in der ungarischen Politik nachwirkt.

Keines der drei Länder war vor dem Zweiten Weltkrieg im strengen Sinne demokratisch gewesen, aber alle drei hatten Erfahrungen mit politischem Liberalismus, einem verfassungsmäßigen Regierungssystem und Wahlen. In allen hatte es Börsen, ausländische Investitionen, GmbHs und den gesetzlichen Schutz des Eigentums gegeben. Alle hatten seit Jahrhunderten zivile Institutionen besessen – Kirchen, Jugendorganisationen, Gewerkschaften – wie auch eine lange Tradition von Buch- und Verlagswesen. Polens erste Zeitung erschien 1661. In Deutschland hatte es vor Hitlers Machtantritt 1933 eine Fülle konkurrierender Massenmedien gegeben. Alle drei Länder besaßen starke wirtschaftliche und kulturelle Verbindungen zu Westeuropa, die in den dreißiger Jahren weit stärker waren als die Verbindungen zu Russland. Nichts in ihrer Geschichte oder ihrer Kultur bestimmte sie automatisch zu totalitären Diktaturen. Westdeutschland, das mit Ostdeutschland kulturell identisch war, wurde eine liberale Demokratie, ebenso wie Österreich, das mit der Tschechoslowakei und Ungarn lange das Habsburgerreich gebildet hatte.

Im Rückblick wirkt Geschichte manchmal wie eine zwangsläufige Abfolge von Ereignissen, und in den Jahrzehnten nach der Durchsetzung des Kommunismus suchten manche nach nachträglichen Begründungen für die kommunistischen Regime Osteuropas. Es hieß, die östliche Hälfte des Kontinents sei ärmer als die westliche gewesen (allerdings galt das nicht für Deutschland); es hieß, die Staaten der Region seien weniger entwickelt gewesen (allerdings stimmte das

nicht, wenn man Polen und Ungarn mit Griechenland, Spanien und Portugal verglich) oder weniger industrialisiert (allerdings war Böhmen eine der am stärksten industrialisierten Regionen Europas). Doch 1945 sah niemand voraus, dass Ungarn mit seinen alten Verbindungen zu den deutschsprachigen Gebieten im Westen, Polen mit seiner ausgeprägt antibolschewistischen Tradition und Ostdeutschland mit seiner Nazivergangenheit fast ein halbes Jahrhundert unter sowjetischer Kontrolle bleiben würden.

Als sie daher unter die politische Kontrolle der UdSSR kamen, verstanden nur wenige Menschen außerhalb der Region, was dort geschah und warum. Noch heute sehen viele Osteuropa einzig aus dem Blickwinkel des Kalten Kriegs. Mit einigen Ausnahmen haben sich Bücher über Osteuropa nach 1945 meist auf den Ost-West-Konflikt konzentriert, auf die Teilung Deutschlands («die deutsche Frage») und auf die Entstehung von NATO und Warschauer Pakt.<sup>30</sup> Hannah Arendt selbst tat die Geschichte der Region in den Nachkriegsjahren als uninteressant ab: »Es war, als spiele Moskau, hastig und zusammengedrängt, alle Phasen von der Oktoberrevolution bis zum Auftreten der totalitären Diktatur noch einmal durch. Die Geschichte ist daher, obschon für sich gesehen unsäglich grauenvoll, ziemlich uninteressant und im Übrigen auch ziemlich gleichförmig ...«<sup>31</sup>

Aber Arendt täuschte sich. Die Sowjets folgten in Osteuropa nicht den gewundenen Wegen der Oktoberrevolution. Sie wandten nur solche Maßnahmen an, die eine Erfolgchance besaßen, und unterwanderten nur die Institutionen, deren Zerstörung sie für absolut notwendig hielten. Aus diesem Grund ist ihre Geschichte von so großem Interesse; sie sagt uns mehr über das totalitäre Denken, die sowjetischen Prioritäten und das sowjetische Denken als jede isolierte Studie der Sowjetgeschichte. Wichtiger noch, eine Studie über die Region verrät uns mehr darüber, wie Menschen auf die Durchsetzung des Totalitarismus reagieren, als Studien über die einzelnen Länder.

Übergreifende Geschichten der Region treffen auf logistische Schwierigkeiten. Es ist nicht leicht, Historiker zu finden, die drei oder vier osteuropäische Sprachen lesen, geschweige denn neun oder zehn. Bei der Arbeit an diesem Buch hatte ich die Hilfe zweier hervorragender Rechercheure und Übersetzer, Regine Wosnitza in Berlin und Attila Mong in Budapest. Beim Polnischen und Russischen habe ich auf meine eigenen Kenntnisse zurückgegriffen.

Obwohl über diese Epoche viel geschrieben worden ist, gibt es noch zahlreiche unerzählte Geschichten. Bei der Vorbereitung dieses Buches habe ich in früheren Archiven der Geheimpolizei gearbeitet – dem PN in Warschau, dem ÁBTL in Ungarn, der Stasi-Unterlagen-Behörde in Berlin –, wie auch in den Archiven von Ministerien, deutschen Kunstakademien, des ungarischen Filminstituts, des ostdeutschen und polnischen Rundfunks, um nur einige zu nennen. Ich habe auch mehrere neue oder relativ neue Sammlungen sowjetischer Dokumente über diese Zeit benutzt, darunter das zweibändige *Vostochnaia Evropa v dokumentakh rossiiskikh arkhivov, 1944–1953* (*Osteuropa in Dokumenten aus russischen Archiven*), das zweibändige *Sovetskii Faktor v Vostochnoi Evrope, 1944–1953* (*Der sowjetische Faktor in Osteuropa*) und ein dreibändiges Werk über die sowjetische Besatzungspolitik in Ostdeutschland, alle in Moskau von russischen Herausgebern veröffentlicht, dazu eine siebenbändige Serie des Russischen Staatsarchivs zum selben Thema.<sup>32</sup> Eine polnisch-ukrainische Historikerkommission hat inzwischen eine beeindruckende Serie von Dokumenten zur gemeinsamen Geschichte zusammengestellt. Außerdem besitzt das Polnische Militärarchiv in Warschau eine große Sammlung von Dokumenten, die Anfang der neunziger Jahre in russischen Archiven kopiert wurden. Die Central European University Press hat über die Aufstände 1953 in der DDR und 1956 in Ungarn ebenfalls zwei ausgezeichnete Bände veröffentlicht. Zahlreiche Dokumente sind auch auf Polnisch, Ungarisch und Deutsch greifbar.

Neben der Archivrecherche habe ich Gespräche in Polen, Ungarn und Deutschland geführt, um Menschen zu befragen, die diese Epoche miterlebt haben, und ihre Darstellung der Ereignisse und Gefühle jener Zeit in ihren eigenen Worten zu hören. Ich bin mir bewusst, dass dies vielleicht der letzte Zeitpunkt für ein solches Projekt war, und während der Entstehung des Buches sind mehrere Menschen gestorben, die ich zuvor noch interviewen konnte. Ich bin ihnen allen und ihren Familien sehr dankbar, dass ich sie ausführlich befragen durfte.

Bei meiner Forschung hatte ich verschiedene Ziele. In den Dokumenten der Zeit suchte ich nach Belegen für die geplante Zerstörung der Zivilgesellschaft und der kleinen Firmen. Ich untersuchte die Phänomene des Sozialistischen Realismus und der kommunistischen Erziehung. Ich sammelte so viele Informationen wie möglich über die Gründung und frühe Entwicklung der

Geheimpolizei in diesen Ländern. Durch Lektüre und Gespräche versuchte ich zu verstehen, wie gewöhnliche Menschen mit den neuen Regimen zu leben lernten; wie sie bereitwillig oder widerwillig kollaborierten; wie und warum sie der Partei und anderen staatlichen Institutionen beitraten; wie sie aktiven oder passiven Widerstand leisteten; wie sie zu schrecklichen Entscheidungen gezwungen waren, vor denen die meisten von uns im Westen niemals stehen werden. Vor allem versuchte ich möglichst gut zu verstehen, wie der echte Totalitarismus funktionierte – nicht in der Theorie, sondern in der Praxis –, und wie er das Leben von Millionen Europäern im 20. Jahrhundert prägte.

[3](#) *Archiv der Gegenwart*, 16/17 (1946–47), S. 669.

[4](#) Interview mit Janina Suska-Janakowska, Łódź, 16. Oktober 2007.

[5](#) Beide Zitate aus B. Nowak, *Serving Women and the State. The League of Women in Communist Poland*. Diss., Ohio State University 2004.

[6](#) Das Wort wurde 1923 von Giovanni Amendola, einem Gegner Mussolinis, geprägt, aber 1925 begeistert von Mussolini übernommen und regelmäßig von seinem Haupttheoretiker Giovanni Gentile benutzt. Einen Überblick gibt A. Gleason, *Totalitarianism. The Inner History of the Cold War*. Oxford 1995, S. 13–18.

[7](#) B. Mussolini, *Der Faschismus. Philosophische, politische und gesellschaftliche Grundlagen*. München 1933, S. 3, 5.

[8](#) Eine Zusammenfassung der gesamten Debatte bei Gleason, *Totalitarianism*, und M. Geyer/S. Fitzpatrick, »Introduction«, in: Dies. (Hrsg.), *Beyond Totalitarianism. Stalinism and Nazism Compared*. Cambridge 2009, S. 1–38.

[9](#) H. Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*. München 2011, S. 16.

[10](#) K. J. Friedrich/Z. Brzesinski, *Totalitäre Diktatur*. Stuttgart 1957.

[11](#) *Archiv der Gegenwart*, 16/17 (1946–47), S. 1039.

[12](#) G. Bush (Hrsg.), *Campaign Speeches of American Presidential Candidates 1948–1984*. New York 1985, S. 42.

[13](#) Siehe Geyer/Fitzpatrick, *Beyond Totalitarianism*.

[14](#) H. Buchheim, *Totalitäre Herrschaft*. München 1962, S. 43–44.

[15](#) Siehe M. Halberstam, *Totalitarianism and the Modern Conception of Politics*. New Haven, CT, 2000.

[16](#) S. Žižek, *Totalitarismus. Fünf Interventionen zum Ge- oder Missbrauch eines Begriffs*. Hamburg 2012. Žižek behauptet, die Beschreibung des Stalinismus als »totalitär« sei nicht mehr als ein Versuch, das Bestehen der »liberaldemokratischen Hegemonie« zu sichern.

[17](#) Eine Beschreibung der Entwicklung zeitgenössischer Diktaturen gibt W. J. Dobson, *The Dictator's Learning Curve*. New York 2012.

[18](#) Dies ist Mark Kramers brillante und präzise Definition: »Der Begriff ›Osteuropa‹ ... ist teils geografisch, teils politisch und umfasst acht europäische Länder, die von den vierziger Jahren bis Ende der achtziger Jahre kommunistisch beherrscht waren ... Der Begriff umfasst nicht die Sowjetunion

selbst, obwohl die westlichen Sowjetrepubliken (Litauen, Lettland, Estland, Weißrussland, Ukraine, Moldawien und Russland westlich des Urals) den östlichsten Teil Europas bildeten. Der Begriff umfasst einige Länder, die eher zu ›Mitteleuropa‹ gehören wie die Tschechoslowakei, Polen und Ungarn und die Deutsche Demokratische Republik (oder Ostdeutschland). Die anderen kommunistischen Staaten in Europa – Albanien, Bulgarien, Jugoslawien und Rumänien – fallen auch unter den Begriff ›Osteuropa‹. Länder, die nie unter kommunistischer Herrschaft standen wie Griechenland und Finnland, gelten nicht als Teil ›Osteuropas‹, obwohl sie vom rein geografischen Standpunkt dazugehören.« M. Kramer, »Stalin, Soviet Policy, and the Consolidation of a Communist Bloc in Eastern Europe, 1944–1953«, in: V. Tismaneanu (Hrsg.), *Stalinism Revisited. The Establishment of the Communist Regimes in East Central Europe and the Dynamics of the Soviet Bloc*. New York 2009, S. 51.

- [19](#) So sieht es auch J. Rothschild, *Return to Diversity. A Political History of East Central Europe Since World War II*. New York 2000, v. a. S. 75–78.
- [20](#) *Prawda*, 21. Dezember 1949.
- [21](#) *The Communist Party of the Soviet Union (Bolsheviks) Is the Leading and Guiding Force of Soviet Society*. Moskau 1951, S. 46.
- [22](#) Siehe H. Seton-Watson, *The New Imperialism. A Background Book*. London 1961, S. 81.
- [23](#) Die klassische Version dieser These bei W. A. Williams, *The Tragedy of American Diplomacy*. New York 1959. Eine neuere und avanciertere Version ist z. B. W. Loth, *Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte*. Berlin 1994.
- [24](#) J. L. Gaddis, *Now We Know. Rethinking Cold War History*. Oxford 1997; Kramer, »Stalin, Soviet Policy ...«.
- [25](#) T. V. Volokitina et al. (Hrsg.), *Sovietskii Faktor v Vostochnoi Evrope 1944–1953*, Bd. I. Moskau 1999, S. 23–48; vgl. N. Naimark, »The Sovietization of Eastern Europe, 1944–1953«, in: M. P. Leffler/O. A. Westad (Hrsg.), *The Cambridge History of the Cold War*, Bd. I: *Origins*. Cambridge 2010, S. 175–197.
- [26](#) I. Banac (Hrsg.), *The Diary of Georgi Dimitrov 1933–1949*. New Haven, CT 2003, S. 14.
- [27](#) T. Judt/T. Snyder, *Nachdenken über das 20. Jahrhundert*. München 2013, S. 199.
- [28](#) T. Goban-Klas, *The Orchestration of the Media. The Politics of Mass Communication in Communist Poland and the Aftermath*. Boulder, CO 1994, S. 54.
- [29](#) Die kommunistische Partei in Jugoslawien blieb viele Jahre populärer als die anderen, aber der Grund war zumindest teilweise, dass sie sich schließlich vom sowjetischen Einfluss löste.
- [30](#) Eine Ausnahme und das Standardwerk für viele Jahre war Z. Brzezinski, *Der Sowjetblock. Einheit und Konflikt*. Köln 1962.
- [31](#) H. Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, S. 653.
- [32](#) T. V. Volokitina et al. (Hrsg.), *Vostochnaia Evropa v dokumentakh rossiskikh arkhivov 1944–1953*. Moskau 1997, und *Sovietskii Faktor v Vostochnoi Evrope. 1944–1953*.

TEIL I

**FALSCHER MORGENRÖTE**



# Haben Sie Lust gleich weiterzulesen? Dann lassen Sie sich von unseren Lesetipps inspirieren.

## Corona und wir

Denkanstöße für eine veränderte Welt - Texte von Augstein und Blome, Thea Dorn, Esther Duflo, Gerd Gigerenzer, Yuval N. Harari, Reinhard K. Sprenger, Nicholas N. Taleb u.v.a.



KOSTENLOS REINLESEN



## [Kostenlos reinlesen](#)

Nichts wird danach mehr sein, wie es war – und wir werden nicht mehr dieselben sein. Die Corona-Pandemie hat uns in kurzer Zeit in eine weltumspannende Krisensituation gebracht. Jeden Einzelnen, aber auch uns alle als Gesellschaft, als Nation, als Weltgemeinschaft. Mit hoher Geschwindigkeit bilden sich momentan neue Formen des Lebens und Arbeitens, aber auch neue Ängste und Sorgen, andere Prioritäten und Werte als zuvor, neue Hoffnungen. Dieser Band versammelt die wichtigsten aktuellen Texte zum Leben während und nach der Krise und bietet spannende Impulse zum Nachdenken über das, was uns allen momentan widerfährt.

Mit Texten von:

Yuval Noah Harari

Nassim Nicholas Taleb / Mark Spitznagel

Dana Grigorcea

Bas Kast

Abhijit V. Banerjee / Esther Duflo:

Luca D'Andrea

Thea Dorn

Ulrike Draesner

Gerd Gigerenzer

Matthias Glaubrecht  
Stephen Greenblatt  
Annett Gröschner  
Matthias Horx  
Philipp Hübl  
Martin Korte  
François Lelord  
Annette Mingels  
Ian Morris  
Mareike Ohlberg  
Boris Palmer  
David Quammen  
Richard C. Schneider  
Martin Schröder  
Frank Sieren  
Peter Spork  
Reinhard K. Sprenger

Erlöse dieser Anthologie gehen an das Sozialwerk des deutschen Buchhandels, das unverschuldet in Not geratene Buchhändler unterstützt und die berufliche Aus- und Weiterbildung bedürftiger junger Buchhändler fördert.

[Anmeldung zum Penguin Newsletter](#)